Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorkriegspreis 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 36.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 3316. Drahtanschrift: Volksfreund Kunstsachen.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg, Schwarzenberg.

Nr. 74. Sonnabend, den 28. März 1931. 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Schuhmachermeisters und Inhabers einer Schuhwarenhandlung Kurt Enderlein in Lößnitz i. Erzgeb. wird heute, am 26. März 1931, vormittags 11 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Ernst Oertel in Lößnitz wird als Vertrauensperson bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf

Mittwoch, den 15. April 1931, vormittags 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Lößnitz bestimmt. Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.

Amtsgericht Lößnitz, den 26. März 1931.

Ueber das Vermögen des Inhabers der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Firma Erich Grießbach, Gravier- und Prägeanstalt in Lößnitz, des Graveurmeisters Erich Grießbach in Lößnitz, wird heute, am 25. März 1931, nachmittags 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Weber in Lößnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1931 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

auf den **22. April 1931, vormittags 9 Uhr**

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1931 anzeigen. K 2/31

Amtsgericht Lößnitz, am 25. März 1931.

In das hiesige Vereinsregister ist heute unter Nr. 17 der Verein „Gartenbauverein Niederaffalter i. Erzgeb., e. V." mit dem Sitze in Affalter eingetragen worden.

Amtsgericht Lößnitz, am 24. März 1931.

Ein junger Dackel (Rüde) ist hier zugelaufen. Auskunft erteilt die Polizeiwache. Wenn er nicht bis 29. März 1931 hier abgeholt wird, werden wir darüber verfügen.

Aue, 26. März 1931. **Der Rat der Stadt.**

Auf dem Wochenmarkte wird der Handel mit lebendem Geflügel vom Sonnabend, dem 28. März 1931, ab wegen Platzmangel bis auf weiteres nach dem Kochschulplatze verlegt.

Aue, 25. März 1931. **Der Rat der Stadt, Polizeiamt.**

Gefunden ein neues Auto-Ersatzrad.

Schwarzenberg, am 26. März 1931.

Der Rat der Stadt — Polizeiamt.

Holzverkauf.

Im Poppenwalde in Niederschlemaer Flur liegt folgendes Laubholz zum Verkauf:

Klötzer:

Klasse 1b	10 Stck.	0,99 fm	3 W., 8 Kr., 3 ast., 10 SObrd 2 ril., 1 Kirsche 0,13, 6 Eichen 0,95, 20 Birken 2,28 d. Rest starke Buchen
Klasse 2a	10 Stck.	1,89 fm	
Klasse 2b	4 Stck.	1,03 fm	
Klasse 3a	2 Stck.	0,55 fm	
Klasse 3b	7 Stck.	3,09 fm	
Klasse 4a	7 Stck.	4,31 fm	
Klasse 4b	5 Stck.	3,53 fm	
Klasse 5	1 Stck.	0,63 fm	
Klasse 6	1 Stck.	0,89 fm	

Die Hölzer sind zum Teil geschält und von guter Qualität. Klötzer: Einzelhölzer. Schlag am Vorbachhang. Abfuhrverhältnisse nach dem Bahnhof Niederschlema gut. Besichtigung der Hölzer durch den Forstaufseher Praus, Forsthaus Poppenwald, Bahnstation Niederschlema (Telefon: Amt Hartenstein Nr. 158).

Interessenten für diese Hölzer wollen Ihr Angebot verschlossen

bis zum 10. April 1931

bei der Kirchkassenverwaltung Zwickau, Marienkirchhof 10, einreichen. Der Zuschlag erfolgt 8 bis 10 Tage nach Ablauf des Einreichungstermines. Die Ablehnung des Gebotes behalten wir uns vor. Nach erfolgtem Zuschlag ist die Hälfte des Betrages sofort, die andere nach 14 Tagen zu bezahlen.

Der Forstausschuß des Marienkirchenvorstandes.

Zuspitzung der außenpolitischen Lage.

Brünings Antwort überraicht in London.

Französische Drohungen, Ernste Folgen für den europäischen Frieden?

Hendersons „Vermittlungsaktion".

London, 26. März. In amtlichen britischen Kreisen hat die ablehnende Antwort des Reichskanzlers Dr. Brüning auf den Vorschlag Hendersons, das deutsch-österreichische Zollabkommen vor den Völkerbund zu bringen, stark überrascht. Brünings Standpunkt, daß das Problem nicht vor den Völkerbund gebracht werden könne, wird in London nicht geteilt. Man ist der Auffassung, daß der Reichskanzler Hendersons Vorschläge anscheinend mißverstanden habe. Infolgedessen sei der britische Botschafter in Berlin beauftragt worden, die Aufmerksamkeit Dr. Brünings nochmals auf Hendersons Vermittlungsaktion hinzulenken, wobei man sich in englischen Kreisen der Hoffnung hingibt, daß Brüning dann eine andere Auffassung gewinnen werde.

Die Vorschläge Hendersons besagten nämlich, daß im Völkerbundsrat erörtert werden solle, ob das deutsch-österreichische Zollabkommen sich im Rahmen der Bestimmungen des Genfer Protokolls vom Jahre 1922 über die österreichische Völkerbundsanleihe halte. Es würde dann höchstens vom Rate zu entscheiden sein, ob dieses zutreffe oder nicht. Im ersteren Falle würde die Angelegenheit damit erledigt sein. Im letzteren Falle müßten möglicherweise Schritte erwogen werden. Während Frankreich den Standpunkt vertrete, daß die Angelegenheit unbedingt vor den Völkerbund gehen müsse, und Deutschland der Auffassung sei, daß dieses nicht angängig sei, nehme England eine Mittelstellung ein. Hendersons Schritt habe in Paris beruhigend gewirkt und man hätte auch gerne dieselbe Wirkung in Berlin gesehen, wo es aber nach englischer Auffassung an staatsmännischer Einsicht und diplomatischen Geschick gefehlt (!) habe. Es unterliege keinem Zweifel, daß das deutsch-österreichische Abkommen ein Problem berühre, an dem der Völkerbund ein unmittelbares Interesse habe. Hiermit sei die Verbindung mit dem Völkerbundsrat an sich schon gegeben.

•

Im Unterhaus führte der frühere Außenminister Sir Austen Chamberlain zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen folgendes aus: Ich glaube, die anderen Nationen, die an der Konferenz über den Zollwaffenstillstand oder an den Erörterungen über andere Vereinbarungen Europas beteiligt waren, haben einigen Grund zur Beschwerde, wenn ein Plan dieser Art in Heimlichkeit vorbereitet wird, während die erwähnten Konferenzen im Gange sind und wenn dann die Mächte plötzlich mit einem Plan überrumpelt werden. Das zeigt einen gewissen Mangel an diplomatischem Benehmen (!) bei den beiden Parteien, die die anderen Nationen nicht ins Vertrauen gezogen und nicht einmal Andeutungen gemacht haben. Was die ernstere Frage des Inhalts und der Tragweite dieser Vereinbarungen betrifft, so bin ich mit Henderson der Meinung, daß sie vor den Völkerbund gebracht werden sollen. Außer den juristischen Fragen werden durch diese Vereinbarung auch verschiedene politische Fragen aufgerollt, die vielleicht nicht weniger wichtig sind.

Im französischen Senat macht man scharf.

Paris, 26. März. Die Senatsfraktion der Republikanischen Vereinigung (Millerand-Poincaré) hat sich heute mit dem deutsch-österreichischen Zollangleichungsprotokoll beschäftigt und folgende Entschließung angenommen: Die Fraktion vertritt einmütig den Standpunkt, daß eine Nachgiebigkeit der Mächte in bezug auf eine so unbestreitbare Verletzung der Verträge, wie sie der Plan einer österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft darstellt, ernste Folgen für den europäischen Frieden haben würde. Die Fraktion rechnet mit einer festen Haltung der Regierung und billigt ihre Bemühungen zur Abwehr dieser Gefahr.

•

„Sanktionen".

Die „Liberté" glaubt, in der Antwort Dr. Brünings an den englischen Botschafter in Berlin eine Zuspitzung der Angelegenheit zu erkennen. Angesichts der Weigerung Deutschlands, den Fall vor den Völkerbundsrat zu bringen, sei es wahrscheinlich, daß die Signatarmächte des Vertrages von St. Germain und des Protokolls mit der Wahrung der internationalen Verträge betrauen würden. Die Frage sei daher, welche Sanktionen der Völkerbund ergreifen könne. Wenn man Deutschland das Recht abstreitet, seine wirtschaftliche Grundlage durch ein Zollabkommen mit Oesterreich zu erleichtern, so laufe man Gefahr, daß Deutschland sich unfähig erkläre, die Reparationslasten weiter zu tragen.

•

Auch Herriot hetzt.

Paris, 26. März. In der „Ere Nouvelle" wendet sich der radikale Abg. Herriot gegen das deutsch-österreichische Zollangleichungsabkommen. Er stellt zehn Punkte auf, die er gegen das Abkommen vorbringen zu müssen glaubt, nämlich 1. das Protokoll betreffend die regionalen Abkommen sei nur eine Finte, eine Falle; 2. Artikel 2 schaffe einen wahren Zollverein, und was das sei, wisse man ja aus der Vergangenheit; 3. man würde die Franzosen für Esel halten, wenn man glaubte, sie hätten vergessen, daß die politische Vereinheitlichung Deutschlands vermittels der Zollvereinigung zustande gekommen sei; 4. das österreichisch-deutsche Protokoll stehe in formellem Widerspruch zu dem Anstreben der Organisierung des Friedens und der Vereinheitlichung Europas; 5. Deutschland werde dadurch eine Ellipse mit zwei Mittelpunkten; 6. die Ausdehnung des jetzigen Zollvereins auf Ungarn stehe bevor, wenn sie nicht schon vollzogen sei; 7. die deutsche Demokratie sei bei der Angelegenheit durch die nationalistischen und imperialistischen Elemente an der Nase herumgeführt worden; 8. der deutsche und der österreichische Nationalismus rechneten, indem sie in dieser Weise eine aggressive Stellung einnähmen, mit der Schwäche gewisser Länder; 9. die deutsche Demokratie und der Friede seien in gleicher Weise bedroht; 10. es sei an der Zeit, darüber Klarheit zu gewinnen, ob man freimütig die Politik von Genf annehme oder ob man unter dem Deckmantel einer scheinbaren Befolgung dieser Politik in Wirklichkeit einen offensiven Block bilde, der sich bei Gelegenheit ebenso brutal äußern werde wie beispielsweise jetzt das österreichisch-deutsche Protokoll.

Das Nein der Tschechen.

Prag, 26. März. Außenminister Benesch sagte heute im Außenausschuß des Prager Abgeordnetenhauses u. a., der Abschluß des deutsch-österreichischen Vertrages habe in ganz Europa große Erregung und Sensation hervorgerufen. Mit der in den deutsch-österreichischen Plänen gekennzeichneten politischen und wirtschaftlichen Gestaltung Mitteleuropas könne die Tschechoslowakei nur dann zufrieden sein, wenn der Plan im gesamten europäischen Rahmen durchgeführt werde und so gedacht sei, daß er den Belangen aller interessierten Staaten entspreche. Die Tschechoslowakei könne die Pläne Deutschlands und Oesterreichs keineswegs annehmen.

•

Viel Uebertreibung und Unaufrichtigkeit.

Warschau, 26. März. Heute nimmt auch der sozialistische „Robotnik" zu den Wiener Abmachungen Stellung. Er schreibt, daß in dem Lärm um dieses Abkommen viel Uebertreibung und Unaufrichtigkeit sei. Selbst die erbittertsten Feinde des Anschlusses seien sich darüber klar, daß ein engeres Zusammenwirken von Deutschland und Oesterreich unvermeidlich sei. Polen habe jedenfalls keinen Grund, sich vor den Folgen einer engeren österreichisch-deutschen Zusammenarbeit zu fürchten. Die Gestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands würde sich zu Gunsten der Anhänger des Friedens und der europäischen Verständigung ändern.

Der DOB. gegen Severings Polizei.

Berlin, 26. März. Zu dem Königsberger Polizeiskandal, bei dem, wie gemeldet, auch der Prinz August Wilhelm von Preußen von Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel mißhandelt wurde, hat der Deutsche Offizierbund eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: In Königsberg, der Wiege des preußischen Königstums, der Stadt, in der unter dem Jubel der Bevölkerung die Krönung preußischer Könige stattfand, und die daher wie kaum eine andere im Deutschen Reich mit dem Hohenzollernhause und seiner Geschichte verbunden ist, wurde kürzlich ein Hohenzoller, der Prinz August Wilhelm von Preußen, der in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte die Stadt besuchte, von Polizeibeamten in roher Weise körperlich mißhandelt. Ein beschämenderer Beweis für die Haltlosigkeit, mit der von den augenblicklichen Inhabern der Vollzugsgewalt gegen nationale Kreise und ihre Vertreter vorgegangen wird, kann nicht mehr erbracht werden. Der Deutsche Offizierbund gibt seiner Empörung über diesen unglaublichen Vorfall Ausdruck, der wohl geeignet sein dürfte, auch noch weiteren Kreisen die Augen zu öffnen.

Braun maßregelt einen Bismarck.

Berlin, 27. März. Der deutschnationale Reichstagsabg. Herbert von Bismarck, Rittergutsbesitzer und Landrat in Labes (Pommern), ist laut Beschluß des preußischen Ministeriums zur Disposition gestellt worden, weil er in einer Versammlung von der preußischen Regierung als von einer „korrupten Regierung" gesprochen habe.

Braunschweig, 26. März. Im Landtag wurde heute die Vorlage betreffend Uebertragung von Geschäften der Landessteuerverwaltung auf die Reichsfinanzbehörde angenommen. Somit gehen Veranlagung, Erhebung und Beitreibung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer auf das Reich über.

SLUB
Wir führen Wissen.